Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 94/95 | Samstag/Sonntag, den 4./5. April 1931 | Jahrgang 1931

Deutsche Ostern.

Reichskanzler Dr. Brüning hat sich zu kurzem Osteraufenthalte in den Schwarzwald begeben. Wenn einem unter den Männern, die im Vordergrunde unseres politischen Lebens stehen, eine Ausspannung und ein Aufatmen von des Tages Last und Mühen zu gönnen ist, dann ist er es. Er hat ein Jahr intensivster Arbeit hinter sich, ein Jahr, in dem der politische Radikalismus ernster und lauter als je zuvor den Versuch unternahm, das Steuer des vom Orkan und Wogenprall in wirtschaftlich katastrophaler Zeit umtosten und mit ungeheuren Finanzsorgen belasteten Reichsschiffes in die Hand zu bekommen. Es ist gelungen, diesen Versuch zu verhindern, revolutionäre Gefahren abzuwenden, das Schiff behutsam weiter auf seinem Kurs zu halten und, was seit Jahrzehnten in Deutschland nicht mehr der Fall gewesen ist, wieder Vertrauen im In- und Auslande zum verantwortlichen Leiter der deutschen Politik weit über den Kreis seiner in Treue zu ihm haltenden Parteifreunde hinaus, zu erwecken. Unter Brünings überlegter und starker Führung haben weder Kommunisten noch Nationalsozialisten in diesem ersten Jahre seiner Regierungstätigkeit irgend etwas erreicht. Und als der Reichstag sich vor acht Tagen auf sechs Monate vertagte, da hatte er den Reichsetat, seit langen Jahren zum ersten Mal rechtzeitig, verabschiedet und auch mit anderen wichtigen Gesetzen, darunter vor allem der Osthilfe, der Regierung in ihren Bemühungen geholfen, der vielen Schwierigkeiten Herr zu werden, die ihr als Nachlaß jahrelanger Illusionspolitik zur Ueberwindung zugefallen sind.

Die Hauptaufgabe war, die Reichs- und Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Was möglich war, ist in dieser Hinsicht geschehen. Aber der Lichtblick, der sich daraus ergibt, wird leider noch außerordentlich und sehr bedenklich getrübt durch die trostlose Lage der Finanzen einer übergroßen Zahl von Gemeinden. Die Verabschiedung von Defizitetats ist ein sehr böses Zeitsymptom. Und es wird noch verschlimmert durch die neue Arbeitslosenwelle, die jetzt von der Krisenfürsorge in die kommunale Wohlfahrtsfürsorge hinübergeschlagen ist und der, falls keine neue Verlängerung der Krisenfürsorge angeordnet wird, keine fühlbare Belebung der Wirtschaft eintritt oder auch die dringlichst notwendige Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge nicht alsbald zustandekommt, noch Welle auf Welle folgen wird, die schon auf unterwühltem Boden stehenden kommunalen Finanzgebäude aufs schlimmste bedrohend.

Als ein Positivum im Sinne der Politik Brünings kann man gewiß auch die Zertrümmerung der nationalsozialistischen Bastion in Thüringen werten. Wie schwer die Partei Hitlers diesen Schlag empfindet, erkennt man aus einem Blick in den „Völkischen Beobachter", dessen ganze erste Großformatseite am gestrigen Karfreitag mit Betrachtungen über dies Ereignis, mit Verwünschungen der Deutschen Volkspartei und die schwindende Courage der eigenen Parteigenossen anfeuernden „Heil!"-Kundgebungen angefüllt war. Auch die Berliner S. A.-Revolte darf man vielleicht als ein Zeichen dafür ansehen, daß der Nationalsozialismus seinen Höhepunkt überstiegen hat, daß es wieder abwärts mit ihm geht. Die „Legalität" Hitlers ist unter seinen Anhängern nicht jedermanns Sache, weit mehr nationalistischen Wählern dürften freilich über die politische Unfähigkeit ihrer Erkorenen vom 14. September die Augen aufgegangen sein. Wenn nicht alles täuscht werden Hitler und Göbbels mit der rebellischen Berliner Sturmabteilung bald fertig werden, schon deshalb, weil die Parteikasse in München ist, der auffässige Herr Stennes aber nicht das Geld haben dürfte, die hungrigen SA.-Leute, meist Erwerbslose, zufrieden zu stellen. Als ein Symptom für den Geist in der Partei der Wort- und Faustheiden hat der Berliner Konflikt gewiß Bedeutung, auch verdient er Beachtung, weil er die Berührungspunkte zwischen dem Kommunismus und einem Teil der aktivsten Nationalsozialisten deutlich erkennen läßt, aber sonst handelt es sich, so politisch interessant und pikant die Sache auch ist, doch um kaum mehr als eine lokale Angelegenheit. Solange die Münchener S.-A. nicht abtrünnig wird und Hitler den Kassenschlüssel im Besitz hat, werden solche Revolten immer schnell als Fehlschlag endigen. Etwas anderes aber als diese Parteiarmee ist das Heer der Wähler. Aus seiner uniformierten Gefolgschaft mag Hitler die unsicheren Kantonisten hinauswimmeln. Wie viele von den sechs Millionen Wählern ihm freiwillig den Rücken schon gekehrt haben und noch weiter kehren, steht auf einem anderen Blatt.

Nimmt man zu all diesem innenpolitischen Geschehen noch die Tatsache hinzu, daß die Erregung über die Vorbereitung der deutsch-österreichischen Zollunion einer nüchternen Betrachtungsweise selbst in Paris Platz zu machen scheint, so muß man zu dem Schluß kommen, daß gewiß eine Reihe von hellen Punkten sich von dem schwarzen Hintergrunde der Deutschland vor allem schwer treffenden, durch die Reparationsverpflichtung verschärften Wirtschaftskrise abheben. Aber der Silberstreifen, den wir jetzt zu Ostern nach diesem Jahre des konstanten Mühens und Ringens um Befreiung aus dem Elend unserer Tage gern sehen möchten, ist doch mit bloßen Augen leider noch nicht zu erkennen. Anhaltspunkte, daß der Tiefstand überwunden ist, sind hier und da wahrnehmbar. Aber es ist doch noch allerhand erforderlich, wenn es dahin kommen soll, daß, um bescheiden zu sein, etwa die Hälfte oder zwei Drittel der nahezu fünf Millionen Erwerbslosen wieder in den Arbeitsprozeß hineingenommen werden kann.

Trotzdem: mit Pessimismus kommt man nicht weiter. Trotz aller Nöte gilt es die Hoffnung auf ein Besserwerden aufrecht zu halten. Auf Golgatha folgte die Auferstehung. Und so soll man auch in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht die Zuversicht nicht verlieren, daß schwarzen Tagen wieder einmal Sonnentage folgen werden.

Hitler wird der Revolte Herr.

Der Aufstand gegen die Legalität.

Von unserer Berliner Redaktion.

¶ Berlin, 3. April. (Drahtb.)

Die Revolte im nationalsozialistischen Lager ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Was sich schließlich aus dem brodelnden Durcheinander der offenkundigen Gegensätze zwischen der offiziellen Führung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und den S. A.-Führern Ostdeutschlands herauskristallisieren wird, vermag noch niemand zu sagen. Die Meldungen aus beiden Lagern widersprechen sich in mancher Beziehung, sodaß eine gewisse zurückhaltende Vorsicht geboten zu sein scheint. Jede der beiden streitenden Gruppen läßt sich natürlich von dem Bestreben leiten, die eigene Handlungsweise ins rechte Licht zu setzen und die Anhänger einseitig zu informieren.

Aber wenn es auch schwer fällt, ein genaues Bild der zukünftigen Gestaltung zu geben, so lassen sich doch die Gründe erkennen, die den Ausbruch der Feindseligkeiten bewirkten. Zwei Prinzipien ringen miteinander: die „Legalität" und das sozialrevolutionäre Draufgängertum. Dem Polizeihauptmann a. D. Stennes und seinen S. A.-Leuten paßt die überlegende, zaudernde Art des Parteichefs Hitler nicht. Sie machen der Münchener Zentrale zum Vorwurf, sie sei mit „bürgerlich-liberalistischen Tendenzen durchsetzt". Unter der Decke hat diese Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der Parteileitung schon seit längerer Zeit geschwelt. Der glimmende Funke wurde zur lodernden Flamme, als Hitler den Befehl gab zur genauen Befolgung der Notverordnung, zur Bekämpfung des politischen Terrors. In diesem Augenblick erkannten die aktivistischen Elemente der Nationalsozialistischen Partei, die sich hauptsächlich aus den S. A.-Abteilungen zusammengefunden haben, daß die Stunde des Losschlagens, des sozialrevolutionären Umsturzes, des Rollens der Köpfe noch in weiter Ferne steht. Mit großen Versprechungen wurden die jungen Leute gefüttert. Die schönen Aussichten auf Entwicklungsmöglichkeiten hatte man ihnen vorgezaubert. Sie mußten glauben, die Gründung des dritten Reiches stehe unmittelbar bevor. Die in ihren politischen Leidenschaften aufgepeitschten S.-A.-Leute wollten und konnten das Bekenntnis Hitlers zur „Legalität", das in dem Befehl zur exakten Befolgung der Notverordnung unstreitig zum Ausdruck kam, nicht begreifen und fanden in der Person des Hauptmanns a. D. Stennes den Mann, der den erforderlichen Ehrgeiz und den Mut besitzt, der offiziellen Parteileitung offen den Krieg zu erklären.

Es braucht wohl kein Zweifel darüber zu herrschen, daß die Mehrzahl der nationalsozialistischen Parteimitglieder und der S.-A.-Abteilungen zu Hitler stehen und ihm die Treue halten wird. Es wäre falsch, an das Verschwinden des Hakenkreuzes zu glauben, weil sich ein Teil der Hakenkreuzschwärmer abseits stellt. Wohin aber wird der Weg der S.-A.-Leute gehen, die jetzt Hitler den Rücken wenden. Schon bei manchen Gelegenheiten hat sich gezeigt, daß der Nationalsozialismus eine gute Vorschule des Kommunismus ist. Die Linien verwischen sich an vielen Stellen. Die Nationalsozialistische Partei steht politisch gesehen auf dem am weitesten rechts gelegenen Punkt. Ein noch weiteres Hinausrücken nach rechts ist nicht möglich. Wenn nun die Radikalsten, d. h. die nordostdeutschen S.-A.-Leute unter der Führung von Stennes, der Nationalsozialistischen Partei Lebewohl sagen, so haben wahrscheinlich nur die Kommunisten einen begründeten Anlaß, sich darüber zu freuen. Denn der Erbe aus dem Streit, der zwischen Hitler und Stennes entbrannt ist, wird mit aller Wahrscheinlichkeit der Kommunismus sein. Diese Entwicklung eröffnet Aussichten, die nichts weniger als erfreulich sind.

★

Das Berliner Parteihaus von Getreuen Hitlers besetzt.

Uebersiedelung der Berliner S.A. in die Matthäikirchstraße.

CNB Berlin, 3. April.

Die Spaltung zwischen Hauptmann Stennes und Hitler hat zur Folge gehabt, daß die Berliner S.A. gestern die Räume in der Hedemannstraße, ihrem bisherigen Hauptquartier, verließ und in die Matthäikirchstraße übersiedelte. Ob Schriftleitung und Sekretariat des „Angriff" folgen werden, steht noch nicht fest, da ja Goebbels und Hitler neben dem Verleger Müllerott Inhaber der Anteile sind. Der „Angriff", der noch gestern nachmittag die Erklärung von Hauptmann Stennes abdruckte, ist nach einer Erklärung der NSDAP. nicht mehr deren Parteiblatt. Von der Redaktion und dem Personal des „Angriff", insgesamt etwa 156 Angestellten, sind 145 S.A.-Leute oder stehen doch auf Seiten von Stennes, sodaß dadurch das Erscheinen des Blattes für die nächsten Tage in Frage gestellt scheint, da Goebbels kaum in so kurzer Zeit einen neuen Redaktionsstab und andere Angestellte finden dürfte. Alle Vermittlungsaktionen scheinen gescheitert zu sein. Gestern nachmittag fand in der Hedemannstraße eine große Konferenz statt, an der die leitenden Persönlichkeiten der NSDAP teilnahmen. Der Geschäftsführer des Berliner Gaus der NSDAP., Dr. Meinshausen, erklärte auf Anfrage, daß die Lage nach dem Auszug derjenigen S.A.-Mitglieder, die hinter Stennes stehen, für die NSDAP. durchaus günstig sei. Es sei auch gelungen, den „Angriff" wieder in den Besitz der Partei zu bekommen. Selbstverständlich würden nur diejenigen Personen gehalten, die hundertprozentig treu seien.

Die Morgenblätter berichten zu den Auseinandersetzungen in der Nationalsozialistischen Partei, daß der von Hitler ausgeschlossene bisherige S. A.-Führer von Berlin, Hauptmann Stennes, eine neue Erklärung veröffentlicht, die sich gegen „planmäßig verbreitete Falschmeldungen der bisherigen Gauleitung" richtet, und die zeige, daß Stennes nicht gewillt sei, freiwillig das Feld zu räumen. Stennes gibt bekannt, daß er den Gauleiter von Berlin, Dr. Goebbels, „wegen Treubruches" seines Postens als Gauleiter enthoben habe. Zum Nachfolger wurde der SA.-Führer Wetzel bestimmt.

★

Stennes, Wetzel und Veltjens ausgeschlossen.

◇ München, 2. April.

Die Parteileitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gibt folgende Meldung aus: „Polizeihauptmann Stennes, sowie Wetzel und Veltjens wurden heute vormittag aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ausgeschlossen."

Außerhalb Berlins scheint sich die Revolte nicht ausgedehnt zu haben. Sie scheint vielmehr auf Berlin beschränkt zu bleiben.

★

Ein Aufruf Hitlers.

✓ München, 3. April.

Adolf Hitler veröffentlicht im „Völkischen Beobachter" einen Aufruf an die Nationalsozialisten, Parteigenossen und S.-A.-Männer, in dem es u. a. heißt:

Im Wirkungsbereich der S.A.-Gruppe Ost wurde ein Komplott geschmiedet, dessen Ausbruch zu einer schweren, ja vielleicht endgültigen Katastrophe für die ganze nationale Bewegung Deutschlands werden konnte. Angesichts der Notverordnung war ich gezwungen, sofort zu handeln. Ich habe mich nunmehr entschlossen, diesen Anlaß zu nehmen, um im Anschluß daran eine gründliche Säuberung der Partei von allen unzuverlässigen Elementen durchzuführen. Ein Teil der meuternden Führer versucht noch immer, Teile der S.A., die in Unkenntnis ihrer wirklichen Absichten sind, anzustecken. Es ist die Pflicht aller politischen und aller S.A.-Führer, sowie jedes einzelnen Parteimitgliedes und jeden S.A.-Mannes, diesen Versuchen den rücksichtslosesten Widerstand entgegenzusetzen. Duldet nicht, daß die Meuterer ihr Vorhaben verwirklichen können. S.-A.-Männer, ich entbinde Euch feierlich des Gehorsams gegenüber Führern, die nicht selbst gehorchen wollen. Die S.-A. des ganzen Reiches steht mit erbittertem Grimm dem unverantwortlichen Treiben des ehemaligen Polizeihauptmanns zu. Auch im Hoheitsbereich der Meuterer selbst fällt ihre Aktion mit rapider Schnelligkeit zusammen. Wer Befehle und Anordnungen des Polizeihauptmanns a. D. Stennes annimmt, duldet oder weitergibt, schließt sich dadurch selbständig aus der NSDAP aus.

Die Durchführung der Notverordnung in Preußen.

CNB Berlin, 3. April.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister des Innern eine Verordnung zur Ausführung der „Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931" erlassen, die die Zuständigkeit der einzelnen Behörden regelt.

Hiernach sind für Maßnahmen nach den Paragraphen 1 und 4 Absatz 1 außer den Ortspolizeibehörden die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte zuständig. Für Maßnahmen nach den Paragraphen 7 und 8 gelten außer dem Minister des Innern die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und der Polizeipräsident von Berlin, für Maßnahmen nach Paragraph 12 Absatz 2 die Oberpräsidenten, der Regierungspräsident in Sigmaringen und der Polizeipräsident von Berlin als maßgebende Stellen. Als Zuständigkeitsbehörden für das Verbot von Kopfblättern werden die Oberpräsidenten, der Regierungspräsident in Sigmaringen und der Polizeipräsident von Berlin bezeichnet. Ferner wird angeordnet, daß die Bestimmungen der preußischen Ausführungsverordnung zum Republikschutzgesetz vom 29. März 1930 bei der Durchführung der Notverordnung entsprechende Anwendung finden. Beschwerden sind auf dem Dienstweg dem Minister des Innern vorzulegen.

Zum Schluß heißt es, daß die Verordnung sich nicht gegen die Freiheit der politischen Betätigung, sondern lediglich gegen den Mißbrauch politischer Rechte wende. Das vom Stahlhelm zurzeit betriebene Volksbegehren dürfe polizeilich nicht behindert werden; soweit allerdings eine unsachliche Art ein

32 Todesopfer beim Schiffszusammenstoß vor Gibraltar.

Vier Wasserflugzeuge untergegangen.

÷ London, 3. April.

Wie Reuter aus Malaga meldet, sollen bei dem Zusammenstoß zwischen dem britischen Flugzeugmutterschiff „Glorious" und dem französischen Passagierdampfer „Florida" 32 Passagiere ums Leben gekommen sein, und zwar vier Polen, siebzehn Italiener, drei Südslaven, sechs Syrier und zwei Spanier.

Vier von den Wasserflugzeugen des Flugzeugmutterschiffes „Glorious", die auf das Meer niedergegangen waren, sind untergegangen. Ihre Besatzungen wurden gerettet.

★

Der Hergang des Unglücks.

× Paris, 2. April.

Zum gestrigen Zusammenstoß des französischen Dampfers „Florida" mit dem englischen Flugzeugmutterschiff „Glorious" auf der Höhe von Marbella, 60 Meilen von Gibraltar entfernt, wird aus Malaga gemeldet:

Der Dampfer „Florida" war mit 550 Passagieren und 170 Mann Besatzung von Buenos Aires nach Barcelona unterwegs. Das englische Geschwader hielt in der Gegend Flottenmanöver ab und war gerade dabei, 19 gestartete Flugzeuge wieder an Bord zu nehmen. Als die „Glorious" mit 30 Knoten Geschwindigkeit einem ins Wasser gefallenen Flugzeug zu Hilfe kommen wollte, stieß sie backbords mit der „Florida" zusammen, die mit 17 Knoten Geschwindigkeit fuhr. Die Backbordseite der „Florida" wurde zu mehr als der Hälfte ihrer Ausdehnung eingedrückt. Besonders groß waren die Beschädigungen in den Räumen, wo italienische Emigranten untergebracht waren. Der Bug der „Glorious" ist stark beschädigt. Ein Mitglied der Besatzung wurde getötet, mehrere Matrosen wurden verwundet. An Bord der „Glorious" wurden Passagiere der „Florida" aufgenommen, darunter 18 Verwundete, von denen inzwischen vier ihren Verletzungen erlegen sind.

Heute früh 7 Uhr sind beide Schiffe im Hafen von Malaga eingelaufen. Das Leck im Rumpf der „Florida" war weithin sichtbar. Sobald das Schiff im Hafen festgemacht hatte, ließ der Kapitän alle an Bord befindlichen Personen aussteigen und die Waren umladen, um das Gleichgewicht wieder herzustellen und weiteres Eindringen von Wasser zu verhüten.

★

Die Verletzten nach Gibraltar transportiert.

:: Malaga, 2. April.

Das englische Flugzeugmutterschiff „Glorious" hat den hiesigen Hafen heute wieder verlassen, um nach Gibraltar zu fahren. An Bord befinden sich die Passagiere der „Florida", die von der „Glorious" aufgenommen worden waren und in Gibraltar ausgeschifft werden sollen, darunter sieben Verletzte, wovon mehrere schwerverletzt sind. Ein anderer Dampfer der Reederei, der die „Florida" gehört, wird aus Oran hier eintreffen, um die Passagiere der „Florida" an Bord zu nehmen, die zu Schiff nach Marseille zurückkehren wollen.

...ufprobieren, ...e die kleidsame ...m festellen.
...rd Heißen ...rdstraße 8
...frau!
...ufall ...ei ...en!
...538
...10 Mk. ...80 Mk. ...00 Mk. ...90 Mk. ...00 Mk.
...g!
...d.
Zum 1. Mai ein 14—15 Jahre altes Mädchen für Haus- u. Landarbeit, am liebsten vom Lande, gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.
Landwirt sucht zum 1. Mai oder früher Mädchen für landw. Arbeiten vom Lande bevorzugt. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

polizeiliches Einschreiten erforderlich mache, seien die Veranstalter verantwortlich.

Der Minister ersucht die Polizeibehörden, die Verordnung gerecht und völlig unparteiisch zu handhaben und jede kleinliche, dem Sinn und Zweck der Bestimmungen widersprechende Anwendung zu vermeiden, dagegen in allen Fällen, in denen Mißbrauch politischer Rechte, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, sich der in der Verordnung gegebenen Mittel wirksam zu bedienen.

Dietrich drängt auf Ersparnisse.

× Berlin, 3. April.

Die angespannte Lage der Reichsfinanzen, die in der kommenden Zeit eher eine Verschärfung als eine Erleichterung erfahren dürfte, hat den Reichsfinanzminister gezwungen, mit größter Beschleunigung an die Auswertung der Ersparnisermächtigung, die der Reichstag noch der Regierung gegeben hat, zu gehen. Wie wir hören, sind deshalb die Ressorts schon vom Finanzminister benachrichtigt worden, ihrerseits die Frage weiterer Ersparnisse zu prüfen, und nach Ostern werden dann sofort die entsprechenden Verhandlungen beginnen. Da die Ermächtigung nur die sachlichen Ausgaben und die Fonds betrifft, ist die Bewegungsmöglichkeit des Finanzministers bei Anwendung der Ermächtigung sehr gering. Man schätzt in unterrichteten Kreisen, daß im günstigsten Falle vom neuen Etat etwa 50 Millionen gestrichen werden können, eine Summe, die wohl eine energische Aktion lohnt, aber wahrscheinlich nicht ausreichen dürfte. Sollte dies der Fall sein, was sich aber erst zu einem späteren Zeitpunkt übersehen läßt, so ist mit einer weitergreifenden Aktion zu rechnen, die sich eventuell auch des Artikels 48 bedienen wird.

Von der neuen Ersparnisaktion werden vor allem wahrscheinlich die kulturellen Fonds betroffen, die beim Innenministerium bestehen, die aber ohnedies schon so sehr gekürzt worden sind, daß hier jeder weitere Abstrich nicht unbedenklich erscheint. Das gleiche gilt schließlich auch für die anderen Fonds, obwohl zweifellos auf diesem Gebiet noch Einschränkungen möglich sind. Wie im übrigen in gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet, wird das Reichswehrministerium von dieser ganzen Ersparnisaktion am wenigsten betroffen sein, da die sehr energische Stellungnahme des Reichswehrministers hier besonders enge Grenzen setzt.

Einigung über den evangelischen Kirchenvertrag.

— Berlin, 3. April.

Zwischen den Verhandlungsführern der evangelischen Kirchen und der preußischen Staatsregierung ist es allem Anschein nach dank einem Entgegenkommen der letzteren in der hart umstrittenen Frage der politischen Klausel zu einer Verständigung über die letzten Meinungsverschiedenheiten wegen des Kirchenvertrages gekommen. Die Verhandlungsführer der evangelischen Kirchen sind von der jetzt erreichten Lösung offenbar befriedigt. Mehrere der kleineren Landeskirchen haben der in Aussicht stehenden Lösung bereits zugestimmt. Ebenso soll in der Hannoverschen Landeskirche Neigung bestehen, den Kirchenvertrag zu unterzeichnen; das letzte Wort hat hier der Landeskirchentag der Provinz Hannover zu sprechen, dessen Einberufung bevorsteht. Auch der Kirchensenat der altpreußischen evangelischen Kirche, der in diesen Tagen in Berlin versammelt war, dürfte zu dem Vertragsentwurf bereits in positivem Sinne Stellung genommen haben. Die letzte Entscheidung hat allerdings eine außerordentliche Generalsynode zu treffen, die am 20. April, also noch vor Wiederbeginn der Landtagsverhandlungen, zusammentreten wird.

Sobald der Kirchenvertragsentwurf die Zustimmung aller preußischen evangelischen Kirchen gefunden haben wird, womit man bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge bald nach dem 20. April rechnen darf, wird dieser Entwurf, mit dem sich bisher nur die beiden zuständigen Ressorts, das preußische Kultus- und das Finanzministerium beschäftigt haben, dem preußischen Kabinett zugeleitet werden. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, besteht in Kreisen der Regierung der Wunsch, den Vertrag noch in der am 28. April beginnenden Sitzungsperiode des Landtages, also vor der Sommerpause des Parlaments, verabschieden zu lassen. Der Vertrag könnte dann also bereits zu Pfingsten in Kraft treten.

Ueber die Einzelheiten der jetzt auf einer mittleren Linie gefundenen Lösung erfährt man, daß, wie bereits früher zugestanden, vom Staat bei Anwendung der politischen Klausel nur staatspolitische Bedenken gegen die Ernennung eines kirchlichen Obern erhoben werden können. Der von der Kirche mit Nachdruck vertretenen Forderung auf Einfügung eines obligatorischen Schiedsgerichts in den Vertrag soll in der Form entsprochen werden, daß im Falle von Meinungsverschiedenheiten zwischen Kirche und Staat ein paritätisch zusammengesetzter Ausschuß berät und nach genauer Prüfung ein Gutachten erstattet. Durch ein solches Gutachten würden die staatlichen Bedenken eingehend erörtert und aufgehellt und zugleich die Oeffentlichkeit in sehr förmlicher Weise über den Einzelfall unterrichtet, so daß auch der Staat in seiner endgültigen Entscheidung nicht daran vorübergehen kann.

Ein Prozeß um den Schenker-Vertrag.

● Hamburg, 1. April.

Der Zivilsenat des Oberlandesgerichts Hamburg beschäftigt sich seit einiger Zeit mit einem Prozeß um den Schenker-Vertrag. Die Hamburger Speditionsfirma Hempel hatte gegen die dem Schenkungskonzern angehörende Kinkel-A. G. eine einstweilige Verfügung beantragt, daß der Gesellschaft unter Strafandrohung untersagt werde, weiterhin Speditionspreise anzubieten, die angeblich 40 v. H. unter den Selbstkosten liegen. Diesem Antrag hatte das Amtsgericht stattgegeben. Die Kinkel-A. G. hatte jedoch gegen die einstweilige Verfügung Widerspruch erhoben. Vom Landgericht wurde die einstweilige Verfügung deshalb wieder aufgehoben. In der Berufungsverhandlung vor dem Oberlandesgericht wurde am Mittwoch nunmehr das Urteil verkündet. Es lautet dahin, daß die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Landgerichts zurückgewiesen wird. Die Urteilsgründe sind noch nicht bekannt.

*

Kein Prozeß Reichsbahn — Reichsregierung.

+ Berlin, 3. April.

Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, wird der Einspruch der Reichsregierung gegen die heutige Form des Schenker-Vertrages nicht zu dem vielfach erwarten großen Kampf zwischen Bahn und Regierung führen. Man hatte befürchtet, daß angesichts der deutlich vorhandenen Spannungen zwischen dem Reichsverkehrsminister und der Reichsbahn die Ablehnung des Vertrages zu einer solchen Verschärfung und zu einem Prestigekampf führen würde, der der Sache keinesfalls gedient hätte. Nach der Meinung aller unterrichteter Stellen ist diese Gefahr aber wohl überwunden und das Reichsbahngericht, das bei dem Reichsgericht eingerichtet ist, wird nicht in Aktion treten müssen.

Was nun den eigentlichen Schenkervertrag anbelangt, so werden die von der Bahn eingeleiteten Verhandlungen über die endgültige Gestaltung des Vertrages teilweise unter Beteiligung des Reichsverkehrsministeriums zunächst weitergeführt werden. Auch die neuerdings aufgetretenen Differenzen dürften mehr taktischer Natur sein und nicht zu einem Scheitern der ganzen Aktion führen. Allerdings ist damit zu rechnen, daß angesichts der Verschiedenheit der zu vereinbarenden Wünsche und Kräfte die Bemühungen um eine Umgestaltung des Vertrages auf dem Verhandlungswege mit den beteiligten Stellen noch einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen werden. Wenn diese Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben, womit etwa zum Frühsommer zu rechnen ist, wird der neue Vertragstext der Reichsregierung wiederum vorgelegt werden, und man muß dann abwarten, ob ein Einverständnis zwischen Bahn und Regierung erzielt wird. Unter diesen Umständen scheint also die ganze Zuspitzung, die das Verhältnis Reichsbahn und Reichsregierung erfahren hatte, erfreulicherweise durch Beziehungen mehr sachlicher Natur abgelöst worden zu sein.

Gesteigerte Wohlfahrtsbelastung der Gemeinden.

Eine Entschließung des Reichsrats gegen die Nichtverlängerung der Krisenfürsorge. / Das Reich hat kein Geld. / Nach Ostern Kabinettsberatung über die Erwerbslosenfürsorge.

Reichsratseinspruch gegen die Aenderung des Fleischbeschaugesetzes

× Berlin, 3. April.

Der Reichsrat hat am Donnerstag mittag beschlossen, gegen die vom Reichstag verabschiedete Aenderung des Fleischbeschaugesetzes mit der Begründung Einspruch einzulegen, daß die Gemeinden nicht mitten im Etatsjahr den entstehenden Gebührenausfall tragen könnten. Weiter wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, wonach die Reichsregierung unverzüglich Maßnahmen treffen soll, um das weitere Einströmen von Krisenfürsorgeempfängern in die Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden zu verhindern, ohne daß den Gemeinden entsprechende Mittel zusätzlich überwiesen werden.

Der Reichsrat befaßte sich dann erneut mit einem bayerischen Antrag, der die Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zum Gegenstand hat.

Die bayerische Staatsregierung hat, sobald sie erfahren hatte, daß die Verlängerung der Krisenfürsorge für die ihr derzeit zugehörigen Arbeitslosen über den 28. März hinaus trotz dringender Vorstellungen der Länderregierungen unterbleibt, unverzüglich beantragt, der Reichsrat wolle an die Reichsregierung das dringendste Ersuchen stellen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die das Einströmen von Krisenfürsorgeempfängern in die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge vom 28. März 1931 ab mit rückwirkender Kraft verhindern. In der Begründung des bayerischen Antrages wird auf die ungeheure und in dem bisherigen Umfange finanziell nicht tragbare Belastung der Fürsorgeverbände mit Wohlfahrtserwerbslosenunterstützungen und auf die unmittelbar drohende Gefahr des finanziellen Zusammenbruchs vieler Gemeinden und damit der gemeindlichen Fürsorge für die Arbeitslosen hingewiesen.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die schwere Belastung der Gemeinden genügend bekannt sei. Die Reichsregierung habe eine Regelung zugesagt, sobald das Gutachten der Sachverständigen vorliege. Darauf könnten aber die Gemeinden nicht warten. Es müßte als Uebergangsmaßnahme irgend etwas geschehen, von den Ausschüssen sei daher einstimmig folgende Entschließung angenommen worden:

> Der Reichsrat beschließt, die Reichsregierung zu bitten, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die verhindern, daß die Gemeinden durch das Einströmen von Krisenfürsorgeempfängern in die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge seit dem 28. März 1931 weiter belastet werden, ohne daß ihnen entsprechende Mittel zusätzlich überwiesen werden.

Ministerialdirektor Dr. Weigert vom Reichsarbeitsministerium erklärte, daß die Reichsregierung das schwierige Problem vollkommen anerkenne. Im Augenblick ständen Mittel nicht zur Verfügung, um der Entschließung Rechnung zu tragen. Die Reichsregierung werde unverzüglich nach der Osterpause zusammentreten, um gerade diese Frage eingehend zu erörtern.

Der Antrag der Ausschüsse wurde einstimmig angenommen.

Die nächste Reichsratssitzung wird erst Ende April stattfinden.

Die Fürstenwalder Kommunistenverhaftungen.

:: Berlin, 3. April.

Aus Kreisen des Reichswehrministeriums wird die Nachricht über die Festnahme von kommunistischen Parteiangehörigen und Soldaten des 9. Reiterregiments in Fürstenwalde bestätigt. Die Verhaftungen sind das Ergebnis von mehrere Wochen hindurch geführten Ermittlungen, die eingeleitet wurden, als Soldaten des Regiments ihren Vorgesetzten Anzeige über eine rege kommunistische Propaganda in der Truppe erstatteten. Zunächst wurden die kommunistischen Zivilpersonen festgenommen und auf Grund des bei den Haussuchungen zutage geförderten Materials dann die sieben Soldaten, unter denen sich, wie ebenfalls bestätigt wird, auch Unteroffiziere befinden.

Die Vorfälle auf dem Hauptbahnhof in Königsberg.

CNB Königsberg, 3. April.

Der Regierungspräsident von Königsberg hat aus Anlaß der Vorwürfe, die gegenüber der Polizei wegen ihres Einschreitens auf dem hiesigen Hauptbahnhof am 20. März in verschiedenen Zeitungen und in einem offenen Brief des Schriftstellers Hans Grimm erhoben worden sind, eine Untersuchung vorgenommen. Dabei sind 53 Personen, und zwar sämtliche beteiligten Polizeibeamten und 9 Beamte und Angestellte der Reichsbahn über die Vorfälle angehört worden. Aus diesen Ermittelungen hat sich, wie der Regierungspräsident mitteilt, ergeben, daß die schweren Vorwürfe in wesentlichen Punkten unbegründet sind. Vor allem sind von den Polizeibeamten vor und auch während der Anwendung des Polizeiknüppels Aufforderungen zur Räumung des Bahnsteiges ergangen. Auch eine schwere, z. T. handgreifliche Belästigung der Polizei hat nicht festgestellt werden können. An dem fraglichen Abend sind 500 Bahnsteigkarten mehr verkauft worden, als durchschnittlich an sonstigen Tagen, obwohl an dem Tage keine besonderen, einen Mehrverkauf begründende Ereignisse waren. Die Polizei ist schwer geschmäht worden, z. B. haben Zeugen Ausdrücke angegeben wie „Bluthunde", „Knüppelgarde", „Ihr Mörder", „Ihr grünen Lumpen". Auch ist den Polizeibeamten tätlicher Widerstand geleistet worden: Tritte ins Gesäß und in den Leib, Schläge an Backe, Schläfe, Genick und Schläge an den Tschako. Weiter sind sie mit Stöcken und anderen Gegenständen bedroht worden. Gegen mehrere Personen ist bereits ein Strafverfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt eingeleitet worden. Die Behauptung, ein Polizeioffizier habe seine Beamten aufgefordert, dem Prinzen „ordentlich eins reinzuwischen", bestreiten die Polizeioffiziere aufs entschiedenste.

Danzig kündigt das Anlegerecht für polnische Kriegsschiffe.

× Danzig, 2. April.

Am 8. 10. 1921 wurde auf Veranlassung des Generalsekretärs des Völkerbundes ein Abkommen zwischen Danzig und Polen betreffend die Benutzung des Hafens von Danzig durch polnische Kriegsfahrzeuge geschlossen. Der Generalsekretär des Völkerbundes hatte der Danziger Regierung durch den damaligen Hohen Kommissar, Sir Richard Haking, nahe legen lassen, einstweilen den polnischen Kriegsschiffen besondere Vergünstigungen einzuräumen, da die Schiffe Schwierigkeiten hätten, während des Winters einen schützenden Hafen zu finden. Eine besondere Vereinbarung sieht vor, daß dieses Abkommen zum 1. Juli 1931 mit dreimonatiger Frist, d. h. ab 1. April 1931, gekündigt werden kann.

Der Senat hat jetzt von seinem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht und die Kündigung des Abkommens am 1. April 1931 ausgesprochen. Der polnische Hafen Gdingen ist genügend ausgebaut; es liegt also kein Anlaß mehr vor, polnischen Kriegsschiffen in Danzig besondere Vorteile einzuräumen.

Der Reichsverkehrsminister bei Mussolini.

:: Rom, 3. April.

Reichsverkehrsminister von Guérard, der mit dem ersten Flugzeug, das den Luftverkehr Berlin—Rom eröffnet hat, hier angekommen ist, hat am Freitag nachmittag Mussolini im Palazzo Venetia einen Besuch abgestattet. Am Montag ist eine Audienz des Papstes für den Minister vorgesehen. Der „Popolo d'Romano" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Reichsverkehrsminister, in der er sich über die Zusammenarbeit der deutsch-italienischen Zivilluftfahrt äußert. Italien und Deutschland, so erklärt der Minister, haben gemeinsame Luftfahrtinteressen. Die Uebereinstimmung ihrer Ansichten werde die ständige und nützliche Zusammenarbeit auf dem Gebiete der internationalen Flugverbindungen wirksam unterstützen.

Mussolini über wirtschaftliche Fragen.

× Rom, 2. April.

In Anwesenheit Mussolinis sowie von Mitgliedern der Regierung, Vertretern der faschistischen Partei, Großwürdenträgern, Industriellen, den Leitern der Bankenvereinigung und Delegierten von Aktiengesellschaften fand heute die Generalversammlung des Verbandes der Aktiengesellschaften statt.

Nachdem zunächst der Präsident dieses Verbandes, Alberto Pirelli, eine Rede gehalten hatte, wies Mussolini auf die Wichtigkeit der drei letzten außenpolitischen Ereignisse hin, nämlich auf das Flottenabkommen, die englisch-indische Verständigung und die deutsch-österreichische Zollvereinbarung. Er sagte: Man kann diese Tatsachen auf Grund ihrer späteren Entwicklung als günstige Faktoren auffassen. Was die allgemeine Wirtschaftskrise betrifft, so lassen sich zwar einige Symptome einer Belebung der Geschäfte feststellen, aber die gegenwärtige Zeit ist noch eine Periode des Abwartens. Bezeichnend ist die Tatsache, daß sich die Weltgoldpreise seit drei Wochen nicht geändert haben und daß die Arbeitslosigkeit ein wenig abgenommen hat. Dank der bewußten Disziplin des italienischen Volkes gelang es, die Spanne zwischen den Engros- und Detailpreisen zu verringern. Es wäre infolgedessen unvernünftig, Käufe in der Hoffnung auf starke spätere Preisschwankungen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. In fast ganz Europa ist man zu einer Politik der Lohnkürzung übergegangen. Italien ist in dieser Hinsicht an der äußersten Grenze angelangt. Die italienische Volkswirtschaft kann der Zukunft mit starkem Glauben an günstige Aussichten entgegenblicken. Meine Anwesenheit in dieser Versammlung bezeugt, daß alle lebendigen Kräfte der Nation auf ein einziges Ziel gerichtet sind, nämlich auf die Ueberwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten und auf größeren Wohlstand für das arbeitende Volk.

Mussolinis Rede wurde mit langanhaltendem und begeisterten Beifall aufgenommen.

Londoner Weizenkonferenz im Mai.

× Rom, 2. April.

Die internationale Weizenkonferenz, an der 48 Staaten, darunter sämtliche europäischen Getreideexportländer und die wichtigsten überseeischen Getreideausfuhrländer vertreten waren, hat ihre Arbeiten heute abgeschlossen. Das Schlußprotokoll enthält Entschließungen zur besseren und rationellen Regelung der Getreideproduktion und des internationalen Getreidemarktes, ferner zur Frage der internationalen Organisierung von Agrarkrediten, wobei auch das bisher in Genf zurückgestellte Problem der kurzfristigen Agrarkredite gefördert werden konnte, und schließlich zur Frage der Gewährung von Präferenzzöllen für die europäischen Getreideexportländer. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz ist der Beschluß der überseeischen und europäischen Getreideexportländer, am 18. Mai dieses Jahres in London unter dem Vorsitz des kanadischen Antragstellers Sir George Howard Ferguson zu einer Sonderkonferenz zusammenzutreten. Hier soll versucht werden, die gegensätzlichen Interessen der beiden Gruppen in Einklang zu bringen, und besonders die Frage zu klären, inwieweit die überseeischen Getreideexportländer ihren Widerstand gegen die Präferenzzölle zugunsten der europäischen Getreideexportländer fallen lassen können. Die überseeischen Vertreter, die noch zu Anfang der römischen Weizenkonferenz sich wieder sehr scharf gegen die Präferenzzölle aussprochen und die strikte Einhaltung der Meistbegünstigungsklausel verlangt hatten, wollen nun auf Grund der römischen Beratungen in der Zwischenzeit die Vorteile und Nachteile des Präferenzsystems für ihre eigenen Märkte einer näheren Prüfung unterziehen. Damit kann die Londoner Konferenz der Getreideexportländer zu einer weiteren wichtigen Etappe für die Vorbereitung der zweiten großen internationalen Getreidekonferenz werden, die im nächsten Jahre am Sitz des Internationalen Ackerbauinstituts in Rom zusammentreten soll. Schließlich ist auch der Beschluß von Interesse, daß im Gegensatz zu einigen aus der Konferenz gekommenen Wünschen, den Regierungen die Schaffung von besonderen Zentralorganen für die Regelung des internationalen Getreidemarktes nahezulegen, diese Aufgabe den bestehenden Produzenten und Genossenschaftsverbänden der einzelnen Länder überlassen bleiben soll.

Wie verlautet, werden außer Sowjetrußland auch die Vereinigten Staaten, die an der römischen Getreidekonferenz nur durch Beobachter vertreten waren, zur Teilnahme an der Londoner Konferenz eingeladen. Freilich steht noch dahin, in welcher Form sie an dieser Tagung teilnehmen werden.

Briands beabsichtigter Gegenzug gegen die Zollunion.

× London, 2. April.

Auf die bisher offene Frage, was Briand nach dem Scheitern des Versuches, Henderson zu einer gemeinsamen englisch-französischen Aktion gegen die deutsch-österreichische Zollunion zu bewegen, zu unternehmen beabsichtigt, gibt nunmehr der stets gut unterrichtete diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" eine bemerkenswerte Antwort. Er betont, daß Briands Haltung auf der kommenden Sitzung des Völkerbundsrates keineswegs nur ablehnend sein werde. Es sei vielmehr zu erwarten, daß der französische Außenminister dem Völkerbundsrat sowie natürlich auch Deutschland und Oesterreich einen umfangreichen Gegenvorschlag unterbreiten werde. Dieser Vorschlag sehe eine Erweiterung der Zollunion auch auf andere Länder vor, und zwar etwa in der Weise, daß außer Deutschland und Oesterreich noch andere Staaten zusammen mit Frankreich eine Zollunion bilden sollten. Da Deutschland und Oesterreich erklärt hätten, daß sie auch mit anderen Staaten Zollunionen abschließen wollten, so würden sie ihre ehrlichen Absichten dadurch zu beweisen haben, daß sie den Briandschen Plan annähmen. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" weiter wissen will, sei der Beweggrund für diesen Plan Briands die Tatsache, daß man sich am Quai d'Orsay der juristischen Schwierigkeiten bewußt werde, die eine Verhinderung der deutsch-österreichischen Zollunion mit sich brächte. Man habe eingesehen, daß die Zollunion den Buchstaben der Verträge nicht verletze und daß wahrscheinlich auch der Haager Schiedsgerichtshof keine Verletzung des Genfer Protokolls von 1922 feststellen werde. — Ob es sich bei dieser Meldung lediglich um einen englischen Versuchsballon handelt oder ob der „Daily Telegraph" auf Grund französischer Anweisungen handelt, ist nicht zu erkennen. Da der „Daily Telegraph" stets vom Quai d'Orsay zur Beeinflussung der englischen öffentlichen Meinung im französischen Sinne benutzt wird, ist aber wohl anzunehmen, daß er seine Mitteilungen auf französische Veranlassung hin veröffentlicht.

Gegen eine Politisierung der Rheinburgen.

:: Köln, 2. April.

Unter der Ueberschrift „Politisierung der Rheinburgen" veröffentlicht die „Kölnische Volkszeitung" einen scharfen Einspruch der Zentrumspartei in St. Goar gegen den Plan der Stadtverwaltung, auf der größten Burg des Rheinlandes, der Ruine Rheinfels, ein Stahlhelm-Heim zu errichten. Das Blatt knüpft an diese Mitteilung einen Kommentar, in dem es u. a. heißt:

„Es fehlt gerade noch für den durch mehr denn zehnjährige Besatzungslasten und Einschränkungen schwer geschädigten rheinischen Bäderbetrieb und Fremdenverkehr, daß jetzt durch Politisierung der von Wanderern und Sommerfrischlern stark besuchten Burgen und Schloßruinen der heftige innenpolitische Streit in die nach Frieden und ruhigem Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaftsmöglichkeiten lechzenden Rheinstädte und -orte getragen wird. Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet wieder eine auf sinnfällige Demonstrationen eingestellte Organisation wie der Stahlhelm auf den Plan der Errichtung eines Heims an solcher Stelle verfällt. Glauben die Herrschaften, daß die radikaleren Parteien der Nationalsozialisten und Kommunisten dem tatenlos zusehen und nicht alsbald ein regelrechtes Wettrennen um den Besitz der rheinischen Burgen und Schlösser aufnehmen werden? Dann wäre es mit dem politischen Frieden, aber auch mit den wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten des Rheintales gründlich vorbei. Von den für Deutschland schädlichen Eindrücken der Betätigung uniformierter radikaler Verbände im Rheinland auf ausländische Besucher braucht man gar nicht zu reden."

Handgranatenexplosion in einem Berliner Vorort.

CNB Berlin, 3. April.

In dem Vorort Hohenschönhausen erfolgte heute nachmittag im Hof eines Hauses der Dingelstädter Straße eine heftige Explosion, durch die zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert und mehrere Telegrafendrähte zerrissen wurden. Die Polizei fand auf dem Hofe die Reste einer behelfsmäßigen Handgranate in Röhrenform. Auf dem Gelände der Industriebahn zwischen Hohenschönhausen und Friedrichsfelde wurden später zehn Handgranaten mit Zündern der gleichen Konstruktion gefunden. Daneben lag Packpapier und mehrere zerknüllte Exemplare einer kommunistischen Zeitung. Es ist anzunehmen, daß Kinder das Paket, das schon längere Zeit dort gelegen haben mußte, fanden, es öffneten und eine Handgranate mit nach dem Hofe des Hauses in der Dingelstädter Straße nahmen. Dort haben sie wahrscheinlich an dem Zünder gedreht und sind dann, da ihnen vielleicht eine Ahnung von der Gefährlichkeit des Fundes aufstieg, zu ihrem Glück davongelaufen. Unmittelbar darauf ist dann die Explosion erfolgt.

Die Aschaffenburger Familientragödie

+ Aschaffenburg, 2. April.

Zu der Familientragödie, die sich hier abgespielt hat, wird noch gemeldet: Die vor einem Jahr geschiedene Frau Möhn wohnte mit ihren drei Kindern in einer bescheidenen Mansardenwohnung der Weißenburgerstraße in Untermiete. Ihre 37 Jahre alte Schwester, eine Frau Löffler, führte den Haushalt, während die in dürftigen Verhältnissen lebende Frau Möhn zeitweise in der Bunt-Papierfabrik Aschaffenburg beschäftigt war. Frau Möhn ist die Tochter des Obermedizinalrats a. D. Dr. Löffler. Bei der Scheidung wurden die Kinder zunächst der Frau zugesprochen. Heute sollten nun, nachdem das Oberlandesgericht als Abschluß eines langwierigen Prozesses die Kinder dem Ehemann, Kaufmann Möhn, zugesprochen hatte, die Kinder nach Karlsruhe zu ihrem Vater gebracht werden. Man vermutet, daß diese Tatsache der Anlaß zu der furchtbaren Tragödie war. Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß die Tat im Einverständnis mit der Schwester erfolgt ist. Auf dem Totenbett der erschossenen Schwester lagen drei gelbe Rosen, die offenbar Frau Möhn auf die Leiche der Schwester gelegt hat.